

Brosch.

I 2772

Das Volksschulwesen im Freistaat Braunschweig

Die wichtigsten Gesetze
und Verordnungen
seit der Revolution

I

Braunschweig
Druckerei C. Appelhans & Comp. G. m. b. H.
(Rud. Stolle & Gust. Roselieb)

Brosch. I 2772

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Schulamtsprüfung	3
Abänderung der Schulamtsprüfung für durch den Krieg Benachteiligte	7
Prüfungsordnung für Lehrer an Mittelschulen und Lyzeen	8
Prüfung der Schulaufsichtsbeamten	16
Lehrerausschüsse	19
Beaufsichtigung und Verwaltung des Unterrichts- wesens	21
Lehrerkonferenz	26
Besoldungsgesetz	28
Änderungen des Gemeindeschulgesetzes vom 5. April 1913	40



Stabi Braunschweig

56



280-223-5

Das Volksschulwesen im Freistaat Braunschweig

Die wichtigsten Gesetze
und Verordnungen
seit der Revolution

I

Braunschweig
Druckerei E. Appelhans & Comp. G. m. b. H.
(Rud. Stolle & Gust. Roselieb)

Brosch. I 2772



20.292

Bestimmungen über die Schulamtsprüfung der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen im Freistaate Braunschweig.

§ 1. Wer im öffentlichen Volksschuldienste als Lehrer oder Lehrerin fest angestellt werden will, muß die Schulamtsprüfung bestanden haben. Einen Anspruch auf Anstellung gewährt das Bestehen der Prüfung nicht.

§ 2. Die Prüfung wird durch einen Prüfungsausschuß vorgenommen. Dieser besteht

- a) für die praktische Prüfung
aus einem Regierungsvertreter als Vorsitzenden, dem zuständigen Bezirksschulinspektor oder Schuldirektor, einem Lehrer oder einer Lehrerin,
- b) für die theoretische Prüfung
aus demselben Vorsitzenden und den erforderlichen Fachlehrern.

Mit Ausnahme des unter a) erwähnten Lehrers oder der Lehrerin, deren Wahl nach besonderer Anordnung des Staatsministeriums bzw. der Landeschulbehörde erfolgt, werden die Mitglieder des Prüfungsausschusses vom Staatsministerium — Abteilung für Volksbildung — ernannt.

§ 3. Abgesehen von Ausnahmefällen, über welche die Landeschulbehörde Entscheidung zu treffen hat, darf die Zulassung zur Prüfung frühestens nach zweijähriger Beschäftigung im öffentlichen Schuldienst geschehen.

Der Bewerber oder die Bewerberin hat der bis zum 1. Februar oder 1. August bei dem zuständigen Bezirksschulinspektor oder Schuldirektor einzureichenden Meldung beizufügen:

1. eine beglaubigte Abschrift des Zeugnisses über die abgelegte Seminarentlassungsprüfung,
2. die Angabe über die bisherige Erteilung von Unterricht, über die gegenwärtig versehene Schulstelle und die Fächer, in denen zurzeit eine Beschäftigung stattfindet, sowie die Bezeichnung von zwei Schulfächern, in denen eine besondere methodische Fortbildung stattgefunden hat,

3. die Darlegung der Weiterbildung in den pädagogisch-wissenschaftlichen Fächern unter Nennung der dabei verwandten Schriftsteller, Quellschriften und Hauptwerke,
4. die Mitteilung etwaiger Wünsche für den Gegenstand der Hausarbeit (vergl. § 5 Abs. 2).

Der Bezirksschulinspektor oder Schuldirektor gibt bis 20. Februar oder 20. August die Meldungen an die Landes-schulbehörde weiter und fügt ein Urteil über die bisherige Tätigkeit des Bewerbers (Bewerberin) bei.

§ 4. Die Landesschulbehörde entscheidet über die Zulassung der Bewerber. Ein ablehnender Bescheid ist zu begründen. Dagegen kann binnen zwei Wochen Beschwerde bei dem Staatsministerium erhoben werden.

§ 5. Die Prüfung gliedert sich in eine schriftliche und eine mündliche.

Ihr schriftlicher Teil besteht in einer wissenschaftlichen Hausarbeit des Bewerbers über eine von der Landesschulbehörde gestellte Aufgabe. Wünsche des Bewerbers sind so weit als möglich zu berücksichtigen.

Die Arbeit, die neben sachlich gut geordnetem Aufbau eine sprachlich gewandte Darstellung aufzuweisen hat, soll ein Urteil über die erlangte pädagogische Gesamtreife ermöglichen. Ihr Umfang soll in der Regel 30 Seiten auf gebrochenem Bogen nicht überschreiten. Zum Schluß ist zu versichern, daß der Bewerber (Bewerberin) die Arbeit selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel dabei benutzt hat. Wörtliche Entlehnungen sind als solche kenntlich zu machen.

Die Hausarbeit ist innerhalb acht Wochen vom Tage der Zustellung an einzuliefern. Auf besonderen Antrag kann diese Frist um zwei Wochen verlängert werden. Erfolgt die Einlieferung auch dann nicht, so erlischt die Meldung.

§ 6. Die Hausarbeit wird nach Anordnung des Vorsitzenden von mindestens drei Mitgliedern des Prüfungsausschusses beurteilt. Sie bleibt bei den Prüfungsakten. Ist sie nach dem einstimmigen Urteil der Mitglieder als ungenügend anzusehen, so muß der Prüfungsausschuß die Zurückweisung von der weiteren Prüfung aussprechen. Im übrigen ist die Hausarbeit Bestandteil der theoretischen Prüfung und in deren Gesamtergebnis entsprechend zu berücksichtigen.

§ 7. Die mündliche Prüfung besteht aus einem praktischen und einem theoretischen Teil.

Die praktische Prüfung findet am Orte der gegenwärtigen Dienstleistung des Bewerbers (Bewerberin) statt und umfaßt in der Regel drei Lehrproben in verschiedenen Unterrichtsfächern, die vom Vorsitzenden zu bestimmen sind.

Tag und Plan der Prüfung werden den Beteiligten von der Landesschulbehörde etwa acht Tage vorher bekannt gegeben.

Der Prüfungsausschuß sucht bei der Prüfung ein gründliches Urteil über die Unterrichtsbesähigung und erzieherische Tüchtigkeit des Bewerbers (Bewerberin) zu gewinnen. Außerdem hat er die Kenntnis der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen auf dem Gebiete des Schulwesens zu prüfen.

§ 8. Der Ausschuß hat über den Gang der praktischen Prüfung einen schriftlichen Bericht zu erstatten, der eine Bewertung der einzelnen Leistungen enthalten soll. Dabei sind die Bezeichnungen „sehr gut“, „gut“, „im ganzen gut“, „genügend“, „nicht genügend“ anzuwenden. Ferner ist in einem Gesamturteil auszusprechen, ob und in welchem Maße die praktische Prüfung als bestanden anzusehen ist. Der Bericht ist von sämtlichen anwesenden Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 9. Die theoretische Prüfung wird in Braunschweig abgehalten. Die Landesschulbehörde bestimmt den Zeitpunkt hierfür und gibt ihn den Beteiligten einen Monat vorher bekannt.

Die Prüfung soll feststellen, in welchem Maße der Bewerber eine Vertiefung seiner Kenntnisse in den Erziehungswissenschaften gewonnen hat.

In Geschichte der Pädagogik,

in Erziehungs- und Unterrichtslehre,

in Psychologie, Logik und Ethik

erstreckt sie sich neben sachlicher Übersicht auf die Kenntnis namhafter Vertreter und ihrer Werke.

In den beiden Wahlfächern der Methodik (§ 3 Abs. 2 Ziffer 2),

in Staatsbürgerkunde, welche als mittelbares Lehrfach zu behandeln ist, und

im Arbeitsunterricht, als dem Lehrgrundsatz des öffentlichen Unterrichts (siehe Reichsverfassung, Art. 148, Abs. 1 und 3), hat die Prüfung den Nachweis zu erbringen, daß der Bewerber (Bewerberin) die neuzeitlichen Grundsätze der Pädagogik auf die praktische Berufsarbeit anzuwenden versteht. Dabei ist nur der im Lehrplan der Volksschule geforderte Stoff zu berücksichtigen.

§ 10. Die Vorschriften des § 8 finden auf die theoretische Prüfung entsprechende Anwendung.

§ 11. Die Landeschulbehörde entscheidet, ob die Prüfung bestanden, wenn beide Gesamturteile mindestens das Ergebnis „genügend“ enthalten; sie kann als bestanden erklärt werden, wenn neben dem auf „nicht genügend“ lautenden einen Gesamturteil das andere Gesamturteil mindestens gute Leistungen feststellt.

§ 12. Die Wiederholung der Prüfung ist frühestens nach einem Jahre zulässig.

Nach abermaligem Mißerfolg hat die Landeschulbehörde in der Regel mit dem Ablauf des Schulhalbjahres die Entlassung des Bewerbers aus dem Schuldienste anzuordnen.

Eine zweite Wiederholung ist nur ausnahmsweise mit Genehmigung des Staatsministeriums zulässig.

§ 13. Die Landeschulbehörde fertigt über das Bestehen der Prüfung ein Zeugnis aus und behändigt es dem Bewerber (Bewerberin) gegen Erstattung der Stempelgebühr.

§ 14. Der Schulamtsprüfung hat sich jede nicht fest angestellte, einstweilen im Schuldienst beschäftigte Lehrperson innerhalb der ersten fünf Jahre nach bestandener Seminarabschlußprüfung zu unterziehen, widrigenfalls die Landeschulbehörde ihre Entfernung aus dem Schuldienste anordnet. Unterbrechungen infolge von Stellenmangel, Krankheit, Heeresdienst, amtlicher Beurlaubung oder besonderer Lehrausbildung von mehr als vierteljähriger Dauer bleiben bei der Berechnung der Frist außer Betracht.

§ 15. Die Prüfungsbestimmungen finden keine Anwendung auf Lehrerinnen, die ihre Seminarentlassungsprüfung vor dem 1. Januar 1916 bestanden haben.

Bestimmungen über die Abänderung der Schulamtsprüfung für diejenigen Volksschullehrer und Lehrerinnen, welche durch Teilnahme am Kriege oder durch die Kriegsverhältnisse in ihrer Ausbildung benachteiligt sind.

Lehrern oder Lehrerinnen des öffentlichen Volksschuldienstes, die durch Teilnahme am Kriege oder durch die Kriegsverhältnisse wesentlich in ihrer Ausbildung benachteiligt sind, kann die zuständige Landesschulbehörde die in den Prüfungsbestimmungen für die feste Anstellung an Volksschulen vom 15. Februar 1920 geforderte schriftliche Hausarbeit, sowie die mündliche theoretische Prüfung erlassen.

Die Bewerber haben mit der Meldung, die jederzeit eingereicht werden kann, ihre Kriegsteilnahme nachzuweisen oder die Gründe glaubhaft zu machen, die ihre Ausbildung wesentlich benachteiligten.

Lehnt die Landesschulbehörde die Gewährung der Erleichterungen ab, so ist dem Bewerber (der Bewerberin) ein begründeter Bescheid zuzustellen. Er kann innerhalb zwei Wochen nach Zustellung durch Beschwerde an das Staatsministerium angefochten werden.

Anstelle der theoretischen Prüfung schließt sich an die praktische Prüfung eine Besprechung der Lehrproben. In ihr ist zu prüfen, in welchem Maße der Bewerber (die Bewerberin) imstande ist, die Berufstätigkeit nach den Grundsätzen der Erziehungswissenschaft zu gestalten.

Durch die Prüfung ist ein Urteil über die unterrichtliche Tätigkeit des Bewerbers (der Bewerberin) zu gewinnen und festzustellen, ob die zur Verwaltung eines Schulamtes erforderlichen Fähigkeiten vorhanden sind.

Bei der Prüfung ist den Verhältnissen entsprechend mit besonderem Wohlwollen zu verfahren.

Im übrigen finden § 8, § 11 Abs. 1, die §§ 12—15 der Bestimmungen für die Schulamtsprüfung der Lehrpersonen an Volksschulen entsprechende Anwendung.

Bestimmungen über die Prüfungsordnung der Lehrer oder Lehrerinnen an Mittelschulen und Lyzeen.

§ 1. Die Befähigung zur Anstellung als Lehrer oder Lehrerin an Mittelschulen und Lyzeen wird durch Ablegung einer Prüfung nach diesen Bestimmungen erworben.

Die Verpflichtung zu ihrer Ablegung bezieht sich nicht auf Bewerber, welche die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestanden haben.

§ 2. Der zur Abnahme dieser Prüfung berufene Prüfungsausschuß besteht aus einem Regierungsvertreter als Vorsitzenden und den erforderlichen Fachlehrern als Mitgliedern. Seine Zusammensetzung wird zu Beginn des Jahres vom Staatsministerium bekannt gegeben.

§ 3. Die Prüfung wird jährlich zweimal, im Monat Juni und Dezember, in Braunschweig abgehalten.

§ 4. Zur Prüfung werden die im öffentlichen Schuldienste beschäftigten Lehrpersonen zugelassen, welche die Schulamtsprüfung bestanden haben.

§ 5. Die Meldung zu der im Juni abzuhaltenden Prüfung ist bis zum vorhergehenden 1. Januar, und zu der im Dezember abzuhaltenden Prüfung bis zum vorhergehenden 1. Juli beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen.

Der Meldung sind beizufügen:

1. ein selbstgefügter Lebenslauf,
2. die Zeugnisse über die bisherige Ausbildung und über die abgelegten Prüfungen in beglaubigter Abschrift,
3. ein Bericht über die bisherige pädagogische Tätigkeit des Bewerbers oder der Bewerberin.

In der Meldung ist anzugeben, in welchen Fächern der Bewerber die Lehrbefähigung zu erlangen beabsichtigt und welche besonderen Wünsche für die Erteilung der häuslichen Arbeit bestehen.

§ 6. Die Prüfung ist in zweien der nachstehenden Fächer nach Wahl des Bewerbers oder der Bewerberin abzulegen: 1. Religion, 2. Deutsch, 3. Französisch, 4. Englisch, 5. Geschichte, 6. Erdkunde, 7. Mathematik, 8. Botanik und Zoologie, 9. Physik und Chemie nebst Mineralogie.

§ 7. Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche, die schriftliche geht der mündlichen voraus.

Die Prüfung kann auf Antrag zu zwei verschiedenen Prüfungsterminen in je einem Wahlfach abgelegt werden.

§ 8. Zur schriftlichen häuslichen Bearbeitung stellt der Prüfungsausschuß jedem Bewerber nach Annahme seiner Meldung eine Aufgabe aus einem der beiden von ihm gewählten Prüfungsfächer. Wünsche des Bewerbers bezüglich der Auswahl des Faches, sowie auch eines besonderen Gebietes innerhalb desselben, sind tunlichst zu berücksichtigen.

Erfolgt die Prüfung nach der Bestimmung des § 7, Schlußsatz, so ist nur eine häusliche Bearbeitung zu fordern, welche dem zunächst zur Prüfung gelangenden Lehrfach zu entnehmen ist.

Die Arbeit soll neben sprachlicher Gründlichkeit gute Anordnung und sprachrichtige, gewandte Darstellung zeigen. Sie ist binnen acht Wochen, vom Tage der Zustellung der Aufgabe ab gerechnet, in deutlicher Reinschrift und geheftet einzureichen. Auf ein mindestens acht Tage vor dem Ablaufe der Frist eingereichtes, begründetes Gesuch ist der Prüfungsausschuß ermächtigt, eine weitere Frist bis zur Dauer von vier Wochen zu gewähren. Falls der Bewerber infolgedessen nicht mehr zu der nächsten, sondern erst zu der darauf folgenden mündlichen Prüfung zugelassen werden kann, ist ihm hiervon bei Bewilligung der Frist Mitteilung zu machen.

Der Bewerber hat die von ihm benutzten Hilfsmittel genau anzugeben und zu versichern, daß er die Arbeit selbstständig angefertigt und andere als die vom ihm angegebenen Hilfsmittel nicht benutzt hat. Wörtliche Entlehnungen sind als solche deutlich zu bezeichnen.

Wird die Frist verläumt, so gilt die Meldung zur Prüfung als erloschen. Bei einer späteren Meldung ist eine neue Aufgabe zu stellen.

Wenn ein Bewerber nachweislich ohne sein Verschulden verhindert wird, sich zur mündlichen Prüfung einzustellen, so kann eine als genügend befundene schriftliche Hausarbeit für die nächste Prüfung Geltung behalten.

Am Prüfungsorte hat der Bewerber unter Aufsicht je eine Arbeit aus dem Gebiete jedes der beiden von ihm ge-

wählten Fächer zu fertigen. Bei der Prüfung in den fremden Sprachen besteht die Arbeit in je einer Übersetzung aus dem Deutschen in die fremde Sprache und aus dieser ins Deutsche. Bei diesen Übersetzungen ist der Gebrauch eines Wörterbuches nicht zu gestatten; jedoch sind seltenere Ausdrücke anzugeben. Nach Wahl des Bewerbers kann bei der Prüfung im Französischen und Englischen an die Stelle der Übersetzung in die fremde Sprache eine freie Arbeit treten, deren Gegenstand innerhalb des Anschauungskreises des Bewerbers liegt.

Die Aufgaben werden auf Vorschlag des Prüfenden von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt.

Für jede Arbeit — bei der Prüfung in einer fremden Sprache für beide schriftlichen Arbeiten zusammen — sind dem Bewerber vier Stunden Zeit zu bewilligen.

Alle Prüfungsarbeiten bleiben bei den Akten des Prüfungsausschusses.

§ 9. 1. Der Bewerber hat in einem der Fächer, in denen er die Lehrbefähigung zu erlangen wünscht, eine Lehrprobe abzuhalten, deren Gedankengang von ihm vorzulegen ist.

Die Aufgabe wird mindestens einen Tag vorher gegeben.

Das Fach bestimmt der Vorsitzende des Ausschusses.

Die Lehrprobe ist tunlichst in einer Mittelschule oder einem Lyzeum abzuhalten.

Der Ausschuss ist ermächtigt, die Ablegung einer weiteren Lehrprobe und zwar in dem anderen von dem Bewerber gewählten Fache aufzugeben.

II. In den in § 6 bezeichneten Fächern ist folgendes zu fordern:

1. In Religion:

A. In evangelischer Religionslehre: Allgemeine Kenntnis von der Abfassung und Sammlung sowie von dem Hauptinhalte der Schriften des Alten und Neuen Testaments, genauere Kenntnis einer der Hauptschriften des Alten Testaments, eines der Evangelien, der Apostelgeschichte und mindestens einer der apostolischen Hauptschriften des Neuen Testaments; eingehende Kenntnis des Lebens Jesu; Übersicht über die Geschichte der christlichen Kirche mit besonderer Berücksichtigung des Zeitalters der Reformation und der

neuesten Zeit; Bekanntschaft mit der Verfassung und den Einrichtungen der Evangelischen Kirche der Gegenwart; Kenntnis der Lehren der evangelischen Kirche und die Fähigkeit, die Lehrstücke biblisch zu begründen; außer der genauen Kenntnis des kleinen lutherischen Katechismus die Bekanntschaft mit einer der übrigen lutherischen Bekenntnisschriften; Kenntnis der evangelischen Kirchenlieddichtung; Einsicht in die Methode des Unterrichts.

2. Im Deutschen:

Sichere Kenntnis der neuhochdeutschen Grammatik nach Lautlehre, Formen- und Satzlehre, sowie übersichtliche Bekanntschaft mit der geschichtlichen Entwicklung der Schriftsprache; Kenntnis der deutschen Literaturgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der beiden letzten Jahrhunderte; genauere Kenntnis einer Anzahl von Hauptwerken der deutschen Dichtung aus den verschiedenen Zeitaltern; eingehende Bekanntschaft mit dem Entwicklungsgange und den Werken eines der namhaftesten Dichter und Schriftsteller der Neuzeit; Kenntnis der deutschen Jugend- und Volksliteratur; Bekanntschaft mit den Grundzügen der deutschen Poetik und Stilistik; Einsicht in die Methode.

3. In der französischen und englischen Sprache:

Richtige Aussprache und Bekanntschaft mit den Elementen der Phonetik und der Aussprachelehre; Kenntnis der Form und Satzlehre; Fertigkeit, einen prosaischen oder einen leichteren poetischen Abschnitt aus der fremden Sprache vom Blatte richtig zu übersetzen und sprachlich zu erklären; Übung im mündlichen Gebrauch der Sprache; allgemeine Kenntnis der Geschichte der französischen und der englischen Literatur; nähere Bekanntschaft mit einigen Hauptwerken der bedeutendsten Schriftsteller auf Grund eigener Lektüre; Kenntnis der neueren Geschichte Frankreichs und Englands; Einsicht in die Methode des Unterrichts.

4. In der Geschichte:

Übersicht der allgemeinen Geschichte unter Berücksichtigung der Beziehungen auf die deutsche Geschichte; genaue Kenntnis der deutschen und der Haupttatsachen der braun-

schweigischen Geschichte vom Standpunkte der Kulturgeschichtlichen Entwicklung; Kenntniss der braunschweigischen Landes- und der deutschen Reichsverfassung; Bekanntschaft mit den wichtigsten Erscheinungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens der Neuzeit; Bekanntschaft mit einem der bedeutendsten neueren Geschichtswerke und mit volkstümlichen Musterdarstellungen; Einsicht in die Methode des Faches.

5. In der Erdkunde:

Vertrautheit mit den Grundlehren der mathematischen, eingehendere Kenntniss der physischen und politischen Erdkunde; Bekanntschaft mit der Plastik der Erdoberfläche; nähere Kenntniss der Länder Europas, besonders Deutschlands, auch in kulturgeographischer Hinsicht; Bekanntschaft mit den Haupttatsachen der Völkerkunde, der Tier- und Pflanzengeographie; übersichtliche Kenntniss der Geschichte der Entdeckungen und der wichtigsten Richtungen des Welt Handels, Vertrautheit mit den Lehrmitteln für den erdkundlichen Unterricht, namentlich mit den vorzüglichsten Atlanten, Wandkarten, Globen, Apparaten und Anschauungsbildern; Bekanntschaft mit einigen wichtigen wissenschaftlichen Hilfsmitteln für den geographischen Unterricht; Übung im Entwerfen von Kartenlizen; Einsicht in die Methode des Gegenstandes.

6. In der Mathematik:

Kenntniss der allgemeinen Arithmetik bis zum Beweise des Binomischen Lehrsatzes für beliebige Exponenten (einschließlich), sowie der wichtigsten Reihen der algebraischen Analysis; Kenntniss der ebenen Geometrie mit Einschluß der Lehre von harmonischen Punkten und Strahlen, Chordalen, Ähnlichkeitspunkten und Achsen; Kenntniss der körperlichen Geometrie, der ebenen Trigonometrie, der Theorie der Maxima und Minima, der analytischen Geometrie der Ebene in rechtwinkligen Koordinaten bis zu den Kegelschnitten einschließlic; Einsicht in die Methode mit Einschluß der des Rechenunterrichts.

7. In Botanik und Zoologie:

Systematische Übersicht über die Pflanzen- und Tierwelt; Einblick in das Leben der Pflanzen und Tiere; auf

eigene Anschauung begründete Bekanntschaft mit den wichtigsten Familien und Ordnungen der einheimischen Pflanzen und Tiere sowie mit bemerkenswerten Formen aus fremden Ländern; einige Kenntnis der geographischen Verbreitung der Pflanzen und Tiere; Bekanntschaft mit Bau und Leben des menschlichen Körpers unter besonderer Berücksichtigung der Gesundheitspflege; Bekanntschaft mit den zweckmäßigsten Hilfsmitteln für den Unterricht (Abbildungen, Nachbildungen, Präparaten usw.), Übung im Zeichnen von Pflanzen- und Tierformen; Kenntnis der neueren volkstümlichen Literatur; Einsicht in die Methode des Gegenstandes.

Bei näherem Eingehen auf einzelne Gebiete ist auf Wünsche der Bewerber Rücksicht zu nehmen.

8. In der Physik und Chemie nebst Mineralogie:

Übersichtliche Kenntnis des ganzen Gebietes der Physik, nähere Bekanntschaft mit einzelnen Teilen, bei deren Wahl auf Wünsche der Bewerber tunlichst Rücksicht zu nehmen ist; allgemeine Kenntnis der chemischen Grundgesetze, der wichtigsten chemischen Elemente, sowie solcher Verbindungen, die für den Haushalt der Natur und für das tägliche Leben besondere Bedeutung haben; Bekanntschaft mit den am häufigsten vorkommenden Mineralien, ihren Kristallformen, physikalischen und chemischen Eigenschaften und ihrer praktischen Verwertung; Einblick in den Bau und die Bildung der Erdrinde; Bekanntschaft mit den zweckmäßigsten Hilfsmitteln für den Unterricht, insbesondere mit der Einrichtung und dem Gebrauche der im Unterrichte vorkommenden Apparate; Einsicht in die Methode des Unterrichts.

III. Bewerbern, welche eine Lehrbefähigung im Lateinischen zu erlangen wünschen, ist die Gelegenheit dazu zu bieten. Gemäß § 8, Abs. 1 dieser Prüfungsbestimmungen sind von ihnen zwei Übersetzungen zu fertigen. In der mündlichen Prüfung haben sie die Fähigkeit nachzuweisen, einen Abschnitt aus Cäsar und einen nicht besonders schwierigen Abschnitt aus Ovids Metamorphosen oder aus Virgils Aeneis geläufig zu übersetzen und auszulegen; außerdem haben sie Kenntnis der Formenlehre, der Hauptregeln der

Syntax und der Prosodie sowie Einsicht in die Methode darzutun.

An die Stelle eines der anderen Prüfungsgegenstände tritt die Prüfung im Lateinischen nicht.

§ 10. Wenn die Hausarbeit nach dem übereinstimmenden Gutachten des Mitgliedes im Prüfungsausschuß, welchem die Beurteilung der Arbeit obliegt, des Vorsitzenden und noch eines zweiten von dem Vorsitzenden zu bestimmenden Mitgliedes bereits unzweifelhaft erkennen läßt, daß dem Bewerber die nachgesuchte Lehrbefähigung nicht zuerkannt werden kann, ist der Vorsitzende berechtigt, den Bewerber von der mündlichen Prüfung zurückzuweisen und die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

§ 11. Den Gang der mündlichen Prüfung ordnet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses an. Dieser hat auch zu bestimmen, wieweit die Prüfung vom ganzen Ausschuß oder bei großer Zahl der Bewerber vor Abteilungen desselben abzunehmen ist; im letzteren Falle müssen aber mindestens drei Ausschußmitglieder je eine Abteilung bilden und bei der Prüfung antwesend sein.

Die Ergebnisse der Prüfung werden unmittelbar nach Beendigung jedes Teiles derselben festgesetzt.

§ 12. Über den Verlauf der ganzen Prüfung ist eine schriftliche Verhandlung zu führen.

Die Ergebnisse der einzelnen Teile der schriftlichen und mündlichen Prüfung werden unter Anwendung der Zeugnisse „sehr gut“, „gut“, „genügend“, „nicht genügend“ beurteilt.

Nach dem Abschlusse der ganzen Prüfung entscheidet der Ausschuß auf Grund sämtlicher Teilmurteile ob der Bewerber (die Bewerberin) die Prüfung bestanden oder nicht bestanden hat.

Die Entscheidungen über die Ergebnisse der einzelnen Teile wie über das Gesamtergebnis der Prüfung erfolgen durch Mehrheitsbeschluß; bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag.

Das Ergebnis der Schlußberatung des Prüfungsausschusses ist in einer Verhandlung zusammenzufassen, welche von dem Vorsitzenden und sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses zu unterzeichnen ist.

Falls ein Bewerber die Prüfung nach der Bestimmung des § 7, Abs. 2 ablegt, ist ihm am Schlusse jeder Teilprüfung mündlich zu eröffnen, ob die bisherigen Leistungen als ausreichend anzusehen sind.

§ 13. Auf Grund der bestandenen Prüfung erhalten die Bewerber unter Angabe des Ergebnisses in den einzelnen Prüfungsgegenständen vom Prüfungsausschuß das Zeugnis über ihre Befähigung als Lehrer oder Lehrerin an Mittelschulen und Lyzeen.

§ 14. Die Prüfung darf in denselben Fächern nur einmal und zwar frühestens nach Ablauf eines Jahres wiederholt werden.

Bei der nach Jahresfrist wiederholten Ablegung der Prüfung kann dem Bewerber eine als genügend befundene schriftliche Hausarbeit auf Beschluß des Prüfungsausschusses angerechnet werden. Falls dies geschehen soll, ist es in der Schlußverhandlung der ersten Prüfung ausdrücklich zu vermerken und dem Bewerber am Schlusse der Prüfung mitzuteilen.

§ 15. Wer die Prüfung bestanden hat, ist befugt, die Lehrbefähigung in einem anderen Fach oder in mehreren Fächern durch Erweiterungsprüfungen nach vorstehenden Bestimmungen zu erwerben.

Die Zeugnisse für Erweiterungsprüfungen haben auf die in der Hauptprüfung erworbenen Lehrbefähigungen Bezug zu nehmen.

§ 16. Der Bewerber hat sofort nach der Zulassung zur Haupt- oder Erweiterungsprüfung an die ihm bezeichnete Kasse eine Gebühr von 20 Mk. zu zahlen.

Wenn der Bewerber durch gültige Zeugnisse rechtzeitig nachweist, daß er infolge von Krankheiten oder sonstigen besonderen Hindernissen nicht zur Prüfung erscheinen kann, so können ihm auf Beschluß des Prüfungsausschusses die eingezahlten Gebühren zurückerstattet werden.

§ 17. Die Prüfungsakten sind mit einem kurzen Bericht des Vorsitzenden nach Beendigung einer Prüfung der zuständigen Landesschulbehörde einzureichen.

Bestimmungen für die Prüfung der Schulaufsichtsbeamten.

§ 1. Die erforderliche praktische Lehrtüchtigkeit und wissenschaftliche Befähigung für die Anstellung im Schulaufsichtsdienst an Mittel- und Volksschulen kann durch eine Prüfung auf Grund folgender Bestimmungen nachgewiesen werden.

§ 2. Die Prüfung wird vor einem vom Staatsministerium zu Beginn eines jeden Jahres ernannten Prüfungsausschuß abgelegt, der aus einem Regierungsvertreter als Vorsitzenden und den erforderlichen Mitgliedern aus dem Kreise der Schulaufsichtsbeamten und wissenschaftlichen Fachlehrer besteht.

§ 3. Die Meldung zur Prüfung kann jederzeit beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses erfolgen. Dabei sind von den Bewerbern oder Bewerberinnen außer dem Lebenslauf und den Zeugnissen eingehende Angaben über die bisherige Lehrtätigkeit und Weiterbildung einzureichen.

§ 4. Zur Prüfung werden nur solche Lehrpersonen zugelassen, welche mindestens sechs Jahre im Schuldienste tätig gewesen sind und die Befähigung zur festen Anstellung für diejenige Schularart erlangt haben, deren Beaufsichtigung erstrebt wird.

§ 5. Wird eine Meldung zur Prüfung vom Prüfungsausschuß zurückgewiesen, so sind die Gründe dafür dem Bescheide beizufügen. Gegen die Zurückweisung kann innerhalb 14 Tagen nach Empfang Beschwerde bei dem Staatsministerium erhoben werden.

§ 6. Durch die Prüfung sind zu ermitteln

1. die Fähigkeit des Bewerbers, eine wissenschaftliche Aufgabe aus dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichtes selbständig zu bearbeiten,
2. seine Lehrtüchtigkeit,
3. der Gesamtumfang seiner pädagogischen und schultechnischen Kenntnisse sowie die Befähigung für deren Anwendung.

§ 7. Die Aufgabe für die wissenschaftliche Hausarbeit stellt der Prüfungsausschuß. Die Arbeit ist binnen drei Monaten vom Tage der Zustellung an in deutlicher Druck-, Schreibmaschinen- oder Handschrift und geheftet einzureichen. Die Frist kann auf Antrag aus besonders wichtigen Gründen

bis zu sechs Monaten verlängert werden. Ist die Einlieferung bis dahin nicht erfolgt, so erlischt die Meldung.

Der Bewerber hat die von ihm benutzten Hilfsmittel genau anzugeben und zu versichern, daß er die Arbeit selbstständig gefertigt und keine anderen als die von ihm angegebenen Hilfsmittel benutzt hat. Wörtliche Entlehnungen sind als solche zu bezeichnen.

§ 8. Die Arbeit wird von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses drei Mitgliedern zur Beurteilung überwiesen. Erklären diese die Arbeit für ungenügend, ist der Vorsitzende berechtigt, den Bewerber von der weiteren Prüfung zurückzuweisen und die Prüfung für nicht bestanden zu erklären. Die Prüfungsarbeit bleibt bei den Akten des Prüfungsausschusses.

§ 9. Die praktische Prüfung umfaßt drei von dem Ausschußvorsitzenden gestellte Unterrichtsaufgaben. Sie findet möglichst am Unterrichtsorte des Bewerbers und in den Klassen statt, in denen er tätig ist. Unter Zustimmung des Bewerbers kann die praktische Prüfung an einem anderen Orte stattfinden.

Der Prüfungsausschuß kann beschließen, daß die Abnahme der praktischen Prüfung von nur zwei Mitgliedern des Ausschusses unter Hinzuziehung des zuständigen Bezirkschulinspektors oder Schulleiters erfolgen soll.

Die Unterrichtsaufgaben werden mindestens am Tage vor der Prüfung den Bewerbern zugestellt.

Die Prüfung soll erweisen, in welchem Maße die Bewerber oder Bewerberinnen unterrichtliche Aufgaben nach Inhalt und Form zu meistern verstehen.

Über den Gang der praktischen Prüfung ist ein Bericht aufzunehmen, der eine Beurteilung jeder Lehraufgabe zu enthalten hat.

§ 10. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf das ganze Gebiet der allgemeinen Erziehungs- und Unterrichtslehre in ihrem Zusammenhange mit Psychologie, Logik und Ethik, auf Geschichte der Pädagogik innerhalb der letzten zwei Jahrhunderte, auf die spezielle Methodik der einzelnen Unterrichtsfächer, auf Schulpraxis, Schulverordnungen, Lehr- und Lernmittel, wissenschaftliche Hilfsmittel für den Lehrer, auf die Kenntnis der Fachliteratur, der Volks- und Jugend-

schriften. Die Prüfung hat ferner festzustellen, in welchem Maße der Bewerber befähigt ist, die wichtigsten pädagogischen Zeifragen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten darzustellen und zu beurteilen.

§ 11. Den Gang der mündlichen Prüfung ordnet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses an.

Die Prüfung ist in der Regel von dem gesamten Ausschuss abzunehmen; doch ist der Vorsitzende ermächtigt, unter besonderen Verhältnissen abweichend zu bestimmen.

§ 12. Die Ergebnisse der Prüfung werden unmittelbar nach Beendigung jedes Teiles derselben unter Anwendung der Bezeichnungen „sehr gut“, „gut“, „im allgemeinen gut“, „genügend“, „nicht genügend“ festgesetzt.

§ 13. Nach dem Abschlusse der ganzen Prüfung entscheidet der Ausschuss auf Grund der in den einzelnen Teilen festgesetzten Urteile, ob und in welchem Umfange die Bewerber die Prüfung bestanden haben.

Ist das Gesamtergebnis der Lehrproben ungenügend, so ist die Befähigung zu versagen.

Die Entscheidungen des Ausschusses erfolgen durch Mehrheitsbeschluß; bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag.

Das Ergebnis der Schlußberatung des Prüfungsausschusses ist in einer Verhandlung zusammenzufassen, die der Vorsitzende und sämtliche Mitglieder zu unterzeichnen haben.

Der Ausfall der Prüfung ist nach der Schlußberatung den Bewerbern durch den Vorsitzenden mitzuteilen.

§ 14. Auf Grund der bestandenen Prüfung erhält der Bewerber vom Prüfungsausschuss ein Zeugnis, das den Umfang der von ihm erworbenen Befähigung zum Ausdruck bringt.

Die Prüfungsakten verwahrt die zuständige Landes Schulbehörde.

§ 15. Die Prüfung kann nur einmal wiederholt werden.

§ 16. Jeder Bewerber oder jede Bewerberin hat sofort nach Zulassung zur Prüfung an die ihnen bezeichnete Kasse eine Gebühr von 30 Mk. zu entrichten.

Wenn Bewerber durch Zeugnisse rechtzeitig nachweisen, daß sie durch Krankheit oder sonstige Hindernisse genötigt

sind, die Prüfung aufzugeben, kann der Prüfungsausschuß beschließen, daß die eingezahlten Gebühren ganz oder teilweise zurückerstattet werden.

Bestimmungen des Staatsministeriums, Abteilung für Volksbildung, über die Wahl der Lehrerausschüsse des öffentlichen Volksschulwesens.

Über die Wahl und Befugnisse der Lehrerausschüsse des öffentlichen Volksschulwesens bestimmen wir in Rücksicht auf die besonderen Rechtsverhältnisse der darin tätigen Lehrpersonen und abweichend von der Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 7. November 1919 (Gesetz- und Verordnungsammlung Nr. 149) mit dessen Zustimmung hiermit folgendes:

§ 1. Von den hauptamtlichen Lehrkräften der Gemeindeschulen, einschließlich der Hilfs-, Fortbildungs- und Mittelschulen, ist

- a) in jeder Gemeinde oder jedem Schulverbände, welche dem Bezirksschulinspektor nicht unterstellt sind, ein Ortslehrerausschuß,
 - b) in jeder Bezirksschulinspektion ein Kreislehrerausschuß,
 - c) für das gesamte Land ein Landeslehrerausschuß
- gemeinschaftlich zu wählen.

§ 2. Die Amtsstellen der Schulverwaltung und Schulaufsicht haben in allen wichtigen Schul- und Standesfragen den zuständigen Ausschuß zu hören.

Dieser ist berechtigt und auf Anfordern verpflichtet, sich über allgemeine dienstliche Angelegenheiten gutachtlich zu äußern.

Er hat das Vertrauen zwischen den amtlichen Stellen und der Lehrerschaft zu pflegen und das Einvernehmen unter den Lehrkräften zu fördern.

§ 3. Der Ortslehrerausschuß kann insbesondere in allen Schul- und Standesangelegenheiten

- tatsächliche Mitteilungen vortragen, Bericht erstatten oder Anträge stellen,
- auf etwaige Mängel und Mißstände hinweisen,
- Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art aus dem Kreise der Lehrerschaft prüfen und weiterleiten,

auf Ersuchen Sachverständige vorschlagen und bei der Umgestaltung und Aufstellung örtlicher Lehrpläne und bei der Auswahl von Lehrbüchern mitwirken.

Ferner hat er die Mitglieder in den Ausschuss für die Schulamtsprüfung zu wählen.

§ 4. Der Kreislehrerausschuss hat in entsprechender Weise gemeinschaftlich mit dem Bezirksschulinspektor und unter dessen Vorsitz die Interessen des Schulwesens im Aufsichtsbezirk zu beraten und zu fördern und außerdem

die Tätigkeit des Bezirksschulinspektors zu unterstützen,
die Beziehungen zwischen Elternschaft und den Schulen des Kreises zu pflegen,

die Bestrebungen für Volksbildungsarbeit zu fördern und

für die Weiterbildung der Lehrkräfte tätig zu sein.

Der Vorsitzende stimmt im Ausschuss an letzter Stelle.

§ 5. Der Landeslehrerausschuss ist von der Landesschulbehörde vor der Neuregelung von grundsätzlichen Fragen der Schulverwaltung oder Schulgesetzgebung um seine Stellungnahme zu befragen. Er muß insbesondere in persönlichen und Standesangelegenheiten gehört werden

1. bei dem Erlaß von allgemeinen Dienstvorschriften,

2. bei Krankenfürsorge oder Unterstützung,

3. bei dem Erlaubnis erteilen von Nebenarbeiten.

Er begutachtet die Anträge, welche ihm oder der Landesschulbehörde von den Orts- oder Kreislehrerausschüssen zu- gehen und ist berechtigt, selbständig Anträge zu stellen.

Erforderlichenfalls kann die Landesschulbehörde in ganz besonders wichtigen Fragen die Vertreter sämtlicher Lehrerausschüsse in einer Lehrerkammer zusammentreten lassen.

§ 6. Die Lehrerausschüsse bestehen

in den Orten bis zu 60 Lehrkräften aus 3,

mit 61—100 Lehrkräften aus 5,

über 100 Lehrkräften aus mindestens 9 Mitgliedern ;

in den Kreisen aus 5 Lehrervertretern,

im Landeslehrerausschuss aus 7 Mitgliedern.

§ 7. Die Wahl der Ausschussmitglieder, sowie ihrer ersten und zweiten Stellvertreter erfolgt geheim durch Stimmzettel auf die Dauer von 3 Jahren. Für gewählt gilt, wer

die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 8. Für jeden Ausschuß wählen die weiblichen Lehrkräfte ihre Vertreterinnen getrennt für sich und zwar nach ihrem Verhältnis zum gesamten Wahlkörper, mindestens jedoch eine Vertreterin.

§ 9. Die ersten Wahlen regelt die Landesschulbehörde nach Anhören der Lehrerschaft. Später setzen die Ausschüsse die Wahlordnung fest. Sie geben sich ihre Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Die Tätigkeit der Ausschüsse ist ehrenamtlich. Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und dürfen in eigenen Angelegenheiten nicht tätig sein. Die Einrichtungen der Schulbehörden sind ihnen zur Verfügung zu stellen.

§ 11. Die Kosten für die Ortslehrrerausschüsse tragen die örtlichen Schulkassen. Die Kosten für die Kreislehrrerausschüsse und den Landeslehrrerausschuß übernimmt die Landesschulbehörde.

§ 12. Die zuständige Landesschulbehörde ist die Volksschulkommission (jetzt Landesschulamt für das Volksschulwesen). Sie entscheidet in Zweifelsfällen und wird mit der Durchführung dieser Vorschriften und den weiteren Anordnungen beauftragt.

Braunschweig, den 30. März 1920.

Staatsministerium — Abteilung für Volksbildung. —
H. Rönneburg.

Gesetz über die staatliche Beaufsichtigung und Verwaltung des Unterrichtswesens. Braunschweig, den 5. Mai 1920.

Der bevollmächtigte Hauptausschuß der Landesversammlung des Freistaates Braunschweig hat das folgende Gesetz beschlossen. Es wird hierdurch verkündet:

§ 1. Die Oberaufsicht des Staates über das gesamte Unterrichtswesen des Landes wird durch das Staatsministerium ausgeübt.

§ 2. Der unmittelbaren Aufsicht und Leitung des Staatsministeriums bleibt die Technische Hochschule zu Braunschweig unterstellt. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts; unbeschadet der Fürsorgepflicht des Staates stehen ihr die Rechte einer juristischen Person und alle Rechte einer milden Stiftung zu. Sie wird nach Vorschrift ihrer Verfassung, die der Genehmigung des Staatsministeriums bedarf, vertreten und verwaltet.

§ 3. Für die staatliche Beaufsichtigung und Verwaltung der höheren Schulen und der Volksschulen werden ein Landeschulamt für das höhere Schulwesen und ein Landeschulamt für das Volksschulwesen errichtet.

§ 4. Dem Landeschulamt für das höhere Schulwesen unterstehen sämtliche höhere Knaben- und Mädchenlehranstalten des Landes, sowie alle Schulen und die Einrichtungen, die eine den Zielen dieser Anstalten gleichartige Bildung vermitteln wollen.

Dem Landeschulamt für das Volksschulwesen unterstehen die Volks- und Mittelschulen des Landes, sowie alle Schulen und die Einrichtungen, deren Bildungs- und Erziehungszwecke nicht wesentlich über die Ziele der Volks- und Mittelschulen hinausgehen.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden nur Anwendung auf diejenigen Schulen und Einrichtungen, in denen Unterricht an Kinder im volksschulpflichtigen Alter erteilt wird.

In Zweifelsfällen entscheidet das Staatsministerium, welches Schulamt für die Aufsicht zuständig ist.

§ 5. Die Landeschulämter haben ihren Sitz in der Stadt Braunschweig. Sie führen ihre Geschäfte innerhalb ihrer Zuständigkeit selbständig und ihrer Zusammensetzung entsprechend in kollegialer Weise.

§ 6. 1. Dem Landeschulamt für das höhere Schulwesen gehören an:

1. der Landesschulrat für das höhere Schulwesen als Vorsitzender. Er ist zugleich Fachreferent im Staatsministerium,

2. vier ordentliche Mitglieder, und zwar je ein Vertreter der wichtigsten Gattungen der höheren Schulen einschließlich der Lehrerbildungsanstalten,

3. zwei außerordentliche Mitglieder, und zwar ein juristischer Referent des Staatsministeriums und ein von den Elternvertretern des Landesschulausschusses (§ 9) aus dessen Mitte bestimmtes Mitglied.

II. Dem Landesschulamt für das Volksschulwesen gehören an:

1. Der Landesschulrat für das Volksschulwesen als Vorsitzender. Er ist zugleich Fachreferent im Staatsministerium.

2. vier ordentliche Mitglieder, und zwar a) je ein Vertreter der Bürgerschulen, der Landgemeindeschulen und der Mittelschulen, b) eine Lehrerin.

3. zwei außerordentliche Mitglieder, und zwar ein juristischer Referent des Staatsministeriums und ein von den Elternvertretern des Landesschulausschusses (§ 10) aus dessen Mitte bestimmtes Mitglied.

III. Die außerordentlichen Mitglieder sind in Fragen der unmittelbaren Schulaufsicht nicht stimmberechtigt.

§ 7. Die ordentlichen Mitglieder der Schulämter werden vom Staatsministerium nach Anhören der Berufsvertretungen der Lehrerschaft auf die Dauer von fünf Jahren ernannt und sind nebenamtlich tätig. Ihre Wiederernennung ist zulässig.

§ 8. Jedem Landesschulamt steht ein Landesschulausschuß zur Seite, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Lehrerschaft und der Elternschaft zusammensetzt.

Die Landesschulausschüsse sind die Berater ihrer Landesschulämter und müssen in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung gehört werden. Sie sind befugt, von sich aus dem Landesschulamt in allgemeinen Fragen des Schulwesens Anregungen zu geben, die auf Verlangen an das Staatsministerium weitergereicht werden müssen. Wünsche und Forderungen, die den Ausschüssen aus Eltern- oder Lehrerkreisen zugehen, haben sie zu prüfen und gegebenenfalls weiterzuleiten.

§ 9. Dem Landesschulausschuß für das höhere Schulwesen gehören an:

1. 1 Vertreter der Schulleiter,
2. 3 Vertreter der Oberlehrer,
3. 1 Vertreter der Oberlehrerinnen,

4. 1 Vertreter der nicht akademisch gebildeten männlichen Lehrkräfte,
5. 1 Vertreter der nicht akademisch gebildeten weiblichen Lehrkräfte,
6. 1 Vertreter der Lehrkräfte an den Lehrerbildungsanstalten,

II. 8 Vertreter der Elternschaft,

§ 10. Dem Landeschulausschuß für das Volksschulwesen gehören an:

- I. 1. 1 Vertreter der Schulaufsichtsbeamten,
2. 1 Vertreter der Schulleiter,
3. 4 Vertreter der Lehrer,
4. 2 Vertreter der Lehrerinnen,

II. 8 Vertreter der Elternschaft.

§ 11. Die in § 9, I und § 10, I genannten Gruppen wählen ihre Vertreter in die Landeschulausschüsse nach den Grundsätzen der Verhältnisswahl auf die Dauer von drei Jahren. Das Wahlverfahren regelt erstmalig die Oberschul- und Volksschulkommission; später regeln die Landeschulausschüsse das Wahlverfahren selbst.

Die Regelung des Wahlverfahrens bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums.

Die Vertreter der Elternschaft werden erstmalig von der Landesversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt; sie müssen zur Zeit der Wahl Kinder besitzen, die eine dem Wirkungskreise des Schulausschusses entsprechende Schule besuchen.

§ 12. Die Landeschulausschüsse haben aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer zu wählen; im übrigen geben sie sich ihre Geschäftsordnung selbst.

Sie werden von ihren Vorsitzenden nach Bedarf oder auf Antrag von mindestens vier ihrer Mitglieder oder auf Verlangen der Schulaufsichtsbehörden einberufen.

Die zuständigen Landeschulämter sind zu den Sitzungen rechtzeitig einzuladen; ihren Mitgliedern ist auf Verlangen jederzeit Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 13. Die Mitglieder der Landeschulausschüsse üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie haben Anspruch auf Ersatz ihrer baren Auslagen aus den Haushaltsmitteln der Landeschulämter.

§ 14. Beide Landesschulausschüsse müssen bei allgemeinen Fragen, die das gesamte Schulwesen des Landes angehen, zu gemeinschaftlicher Beratung vom Staatsministerium zusammenberufen werden.

§ 15. Die Geschäfte der Oberschulkommission gehen auf das Landesschulamt für das höhere Schulwesen, diejenigen der Volksschulkommission auf das Landesschulamt für das Volksschulwesen über. Den Zeitpunkt des Überganges und der Aufhebung der bisherigen Schulkommissionen bestimmt das Staatsministerium.

§ 16. Über Leitung und Beaufsichtigung derjenigen Schulen und Lehranstalten, welche nicht zu den in den vorstehenden Bestimmungen erwähnten gehören, hat das Staatsministerium das Erforderliche nach Beschaffenheit der einzelnen Fälle anzuordnen.

§ 17. Die erforderlichen Übergangs- und Ausführungsbestimmungen, insbesondere über die Abgrenzung der Befugnisse der Landesschulämter und der Landesschulausschüsse, sowie der übrigen staatlichen Organe der Schulaufsicht, Schulleitung und Schulverwaltung erläßt das Staatsministerium. Es soll vorher die Berufsvertretung der Lehrerschaft hören.

§ 18. Alle diesen Bestimmungen entgegenstehenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere

die Gesetze vom 8. April 1876 Nr. 37, betreffend die Errichtung einer Oberschulkommission und die staatliche Beaufsichtigung der Unterrichtsanstalten nebst den Nachtragsgesetzen vom 14. Februar 1901 Nr. 15 und vom 6. April 1914 Nr. 29, sowie § 2 des Gesetzes vom 12. September 1919 Nr. 118 über die Neuordnung der Volksschulaufsicht werden aufgehoben.

Braunschweig, den 5. Mai 1920.

Der Präsident der Landesversammlung.

Dr. Jasper.

Staatsministerium.

Anfrid. Dr. Jasper. Rönneburg. Steinbrecher.

Bestimmungen des Staatsministeriums, Abteilung für Volksbildung, über die Rechte und Pflichten der Lehrerkonferenz an den öffentlichen und privaten Erziehungs- und Unterrichtsanstalten.

Artikel I.

Die Rechte und Pflichten der Lehrerkonferenz an den öffentlichen und privaten Erziehungs- und Unterrichtsanstalten sind nach folgenden Bestimmungen zu regeln:

§ 1. Die Lehrkräfte sämtlicher Erziehungs- und Unterrichtsanstalten sind berechtigt und verpflichtet, gemeinsam mit dem Schulleiter in der Lehrerkonferenz an dem Gedeihen ihrer Schule mitzuwirken.

§ 2. Die Lehrerkonferenz hat daher alle für die Förderung der Erziehung und des Unterrichts geeigneten Maßnahmen und Einrichtungen zu beraten und darüber innerhalb ihrer Zuständigkeit zu beschließen.

§ 3. A. Die Lehrerkonferenz ist verpflichtet, die ihr behördlich zugewiesenen Fragen der Erziehung und des Unterrichts zu begutachten.

B. Sie ist ferner befugt, zu beraten und Anträge zu stellen über: 1. Änderung von Schuleinrichtungen, 2. die Einführung von Lehrbüchern, 3. die Beschaffung von Mitteln für Unterrichtsbedürfnisse und bauliche Zwecke, 4. die besonderen Vorkommnisse im Schulleben.

C. Sie kann zur Ausführung der amtlichen Vorschriften Grundsätze aufstellen über: 1. die Einschulung, Prüfung, Versetzung und Entlassung von Schülern und Schülerinnen, 2. die Verteilung des Unterrichts, die Aufstellung des Stunden- und Aufsichtsplanes und die Ordnung der Vertretungen, 3. die Pflichten und Rechte der einzelnen Lehrkräfte, insbesondere der Klassenlehrer oder -lehrerinnen, 4. die Schulzucht und Hausordnung, 5. die Beziehungen zwischen Schule und Haus.

D. Sie entscheidet unter Beachtung der amtlichen Vorschriften über: 1. die Versetzung der Schüler und Schülerinnen, 2. die Schulstrafen, die nicht zur Zuständigkeit der einzelnen Lehrkräfte gehören, 3. die Verleihung von Stipendien und Auszeichnungen, insoweit die in Betracht kommenden Satzungen dieses zulassen, 4. die Verwendung

von Geldmitteln, soweit diese der Lehr- und Lernmittelbeschaffung, den Zwecken der Schüler- und Lehrerbüchereien, den Bestrebungen der Fürsorge- und Wohlfahrtspflege dienen, 5. besondere Veranstaltungen, welche Elternschaft und Schule enger verbinden sollen.

Die Lehrerkonferenz hat Maßnahmen zu treffen, welche die erforderliche Einheit in dem gesamten Schulbetriebe gewährleisten.

Sie kann für besondere Aufgaben, die im Bereich ihrer Zuständigkeit liegen, Unterausschüsse bilden.

§ 4. Zur Teilnahme an der Lehrerkonferenz sind sämtliche Lehrkräfte verpflichtet, soweit nicht für besondere Konferenzen anderweitige Bestimmungen getroffen sind.

Stimmberechtigt sind die festangestellten Lehrkräfte der Schule. Im übrigen wird das Stimmrecht durch die Ausführungsvorschriften der einzelnen Schulgattungen festgesetzt.

§ 5. Eine allgemeine Sitzung der Lehrerkonferenz findet in der Regel monatlich einmal außerhalb der Unterrichtszeit statt. Außerdem ist eine Sitzung abzuhalten, wenn der Schulleiter es für nötig hält, oder wenn wenigstens ein Drittel der festangestellten Lehrer sie beantragt.

Der Schulleiter gibt die Tagesordnung und die Zeit der Beratung in der Regel drei Tage vor ihrem Stattfinden bekannt. Auf Wunsch der Mitglieder ist die Tagesordnung zu ergänzen, wenn der Antrag dazu 24 Stunden vorher erfolgt.

Den Vorsitz in der Konferenz führt der Schulleiter, der in allen Fällen Stimmrecht hat, oder im Behinderungsfalle dessen Stellvertreter.

Die Beschlüsse der Konferenz werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Aber die Verhandlung ist ein Sitzungsbericht aufzunehmen, zu dessen Führung jeder Lehrer auf Anordnung des Schulleiters verpflichtet ist. Die Beschlüsse müssen im genauen Wortlaut schriftlich niedergelegt werden.

Der Zeitpunkt, von dem an ein Beschluß in Kraft treten soll, ist von der Konferenz in jedem Falle festzusetzen.

Gegen einen Beschluß der Konferenz kann der Schulleiter und jedes Mitglied innerhalb von 8 Tagen bei der

X Schulaufsichtsbehörde Einspruch erheben. Aufschiebende Wirkung hat nur der Einspruch des Schulleiters. Dieser ist verpflichtet, in allen Fällen, in denen ein Einspruch gegen einen Beschluß der Konferenz erhoben wird, unter Einreichung einer Abschrift des Sitzungsberichts an die Schulaufsichtsbehörde zu berichten.

§ 6. Die Beschlüsse der Konferenz müssen jedem Mitgliede des Lehrkörpers zugänglich sein und sind für alle, auch für die neueintretenden Lehrer verbindlich.

§ 7. Der Schulleiter ist dafür verantwortlich, daß die sämtlichen Vorschriften und Beschlüsse der Konferenz befolgt werden.

Artikel II.

Die Bestimmungen der §§ 1—7 treten sofort in Kraft.

Artikel III.

Die Schulaufsichtsbehörden des Landes werden mit der Durchführung dieser Bestimmungen beauftragt und des weiteren ermächtigt, die erforderlichen Ausführungsvorschriften nach den besonderen Verhältnissen der ihnen unterstellten Schulen zu erlassen.

Braunschweig, den 15. April 1920.

Staatsministerium, Abteilung für Volksbildung.

Rönneburg.

Braunschweigisches Besoldungsgesetz für die Schulleiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen vom 21. August 1920.

I. Dienst Einkommen.

§ 1. Zusammensetzung des Dienst Einkommens. Das Dienst Einkommen der Schulleiter, Unterleiter und vollbeschäftigten Lehrkräfte an den Gemeindeschulen setzt sich aus einem Grundgehalt oder einer Grundvergütung und einem

Ortzzuschlag zusammen. Hierzu treten in den Fällen der §§ 10 und 11 Stellen- und Amtszulagen.

§ 2. Sonstige Bezüge. Neben dem Diensteinkommen (§ 1) werden noch Kinderbeihilfen (§ 15) und ein Ausgleichszuschlag (§ 18) gewährt, der zu den Bezügen an Grundgehalt, Grundvergütung, Ortzzuschlag und Amtszulage, sowie zu den Kinderbeihilfen hinzutritt.

§ 3. Abänderung der Bezüge. Für Leistungen im Hauptamte, die über das festgesetzte oder übliche Arbeitsmaß hinausgehen, dürfen besondere Vergütungen nicht gewährt werden. Außerordentliche Bewilligungen an einzelne Lehrkräfte aus besonderen Gründen sind hierdurch nicht ausgeschlossen.

Das Landeschulamt kann auf Antrag einer Gemeinde das Grundgehalt (§ 4) oder die Grundvergütung (§ 5) der in diesem Orte tätigen weiblichen Lehrkräfte um den Bruchteil herabsetzen, der einer grundsätzlichen Verminderung ihrer Dienstleistungen gegenüber den Dienstverpflichtungen der männlichen Lehrkräfte in gleicher Stellung entspricht. Die Kürzung darf höchstens ein Fünftel der in den §§ 4 und 5 festgesetzten Bezüge betragen. Die beteiligten Lehrkräfte sind vor der Entscheidung zu hören. Gegen diese kann innerhalb 14 Tagen Beschwerde bei dem Staatsministerium erhoben werden, dessen Entscheidung auch für die Beurteilung der vor den Gerichten geltend gemachten vermögensrechtlichen Ansprüche auf das Diensteinkommen maßgebend ist.

Auf Lehrer und Lehrerinnen, deren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen sind, finden die Vorschriften der §§ 1 und 2 keine Anwendung. Die Entscheidung darüber, ob eine Lehrkraft nur nebenbei beschäftigt ist, steht lediglich dem Landeschulamt zu.

§ 4 Grundgehalt. Die angestellten Leiter, Unterleiter und Lehrkräfte (einschließlich der technischen Lehrer und Lehrerinnen) der Gemeindeschulen beziehen:

A. Sofern sie ein mindestens dreijähriges akademisches Vollstudium betrieben und anschließend in einer staatlich anerkannten Abschlußprüfung ihre Lehrbefähigung erworben haben, folgendes Grundgehalt:

im	1. und	2. Dienstjahre	jährlich	8 400	ML.
"	3.	4.	"	9 200	"
"	5.	6.	"	10 000	"
"	7.	8.	"	10 800	"
"	9.	10.	"	11 300	"
"	11.	12.	"	11 800	"
"	13.	14.	"	12 300	"
	in den folgenden Jahren			12 600	"

B. Sofern sie sich lediglich auf Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten oder gleichartigen Bildungsstätten für den Lehrberuf vorbereiteten, 80 v. H. der unter A genannten Sätze, mithin:

im	1. und	2. Dienstjahre	jährlich	6 720	ML.
"	3.	4.	"	7 360	"
"	5.	6.	"	8 000	"
"	7.	8.	"	8 640	"
"	9.	10.	"	9 040	"
"	11.	12.	"	9 440	"
"	13.	14.	"	9 840	"
	in den folgenden Jahren			10 080	"

§ 5. Grundvergütung. Die Grundvergütung der Hilfslehrkräfte beträgt in jedem Falle

im 1. Dienstjahre	70 v. H.
„ 2. „	80 „
„ 3. „	85 „
„ 4. „	90 „
„ 5. „	95 „
in den folgenden Jahren . . .	100 „

ihres späteren Anfangsgrundgehaltes, mithin

- a) bei akademischer Vorbildung (§ 4 A) 5880 — 6720 — 7140 — 7560 — 7980 — 8400 ML. jährlich,
- b) bei anderweitiger Vorbildung (§ 4 B) 4704 — 5376 — 5712 — 6048 — 6384 — 6720 ML. jährlich.

§ 6. Ortszuschlag. Zum Grundgehalt und zur Grundvergütung tritt als weiterer Bestandteil des Dienst-einkommens ein Ortszuschlag. Dieser beträgt in den Orten der Ortsklasse:

Bei einem zu zahlenden Grundgehalt oder einer Grundberggütung		A	B	C	D	E	Ruhehaltungsfähiger Durchschnittssatz für alle Angestellten
bis	7 000 Mk.	3000	2400	2000	1700	1400	2100 Mk.
über	7 000 "	3500	2800	2300	1950	1600	2430 "
bis	8 100 "						
über	8 100 "	4000	3200	2600	2200	1800	2760 "
bis	10 500 "						
über	10 500 "	4500	3600	2900	2450	2000	3090 "
bis	12 500 "						
über	12 500 "	5000	4000	3200	2700	2200	3420 "

Verheiratete Lehrerinnen erhalten den Ortszuschlag zur Hälfte, jedoch wird ihnen der Ortszuschlag ganz gewährt, wenn der Ehemann außerstande ist, ohne Gefährdung des angemessenen Unterhaltes der Familie diese zu ernähren.

§ 7. Ortsklassenverzeichnis. Die Stellung der Orte in den verschiedenen Ortsklassen bestimmt sich nach dem Ortsklassenverzeichnis, wie es nach reichsgesetzlicher Regelung für die Gewährung von Ortszuschlägen an die Reichsbeamten jeweilig maßgebend ist.

§ 8. Ortszuschlagsatz. Für die Höhe des Ortszuschlages ist der dienstliche Wohnsitz maßgebend.

Bei einer Versetzung erlischt der Anspruch auf den bis dahin bezogenen Satz des Ortszuschlages gleichzeitig mit dem Aufhören der übrigen Dienstbezüge der innegehabten Dienststelle.

Die bei Versetzung etwa eintretende Verminderung des Ortszuschlages gilt nicht als Verkürzung des Dienst Einkommens im Sinne des § 37 Ziffer 11 Satz 2 des Gemeinde- schulgesetzes vom 5. April 1913 und der §§ 27, 28 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 4. April 1889.

§ 9. Dienstwohnung. Wird einer Lehrkraft nach Gesetz oder Herkommen eine angemessene Dienstwohnung einschließlich Nutzung des Schulgartens oder eines entsprechenden Teiles vom Schul- oder Gemeindelande gewährt, so werden ihr dafür auf den ihr zustehenden Ortszuschlag, falls das Anfangsgrundgehalt ihrer Besoldungsklasse 7000 Mk. nicht übersteigt, 30 v. H., falls es 7000 Mk. übersteigt, 40 v. H. des für sie in ihrem Dienstorte erreichbaren höchsten

Ortszuschlages angerechnet. Dabei gilt bei den Hilfslehrkräften als Besoldungsklasse diejenige, in der sie bei regelmäßigem Verlaufe ihrer Dienstlaufbahn zuerst angestellt werden.

Erscheint die Regelung im Einzelfalle unbillig, so kann der anzurechnende Betrag auf Ansuchen der Lehrkraft durch das Staatsministerium anderweit festgesetzt werden. Das Staatsministerium kann die Befugnis zu dieser anderweiten Festsetzung dem Landesschulamt übertragen.

§ 10. Vergütung für den Kirchendienst. Sofern ein Lehrer oder Hilfslehrer auf Grund der gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme des Opferei- und Organistendienstes eine Kirchendienstvergütung nach dem 31. März 1920 bezogen hat oder noch bezieht, gelangt diese bei der Bemessung des Dienst Einkommens nur im Falle einer Versetzung in den Ruhestand oder hinsichtlich der Fürsorge der Hinterbliebenen oder nach § 7 des Gesetzes über die Trennung des Opferei- und Schulvermögens vom 19. Dezember 1919 zur Anrechnung.

Die gesetzliche Verpflichtung der Lehrer oder Hilfslehrer zur Übernahme des Kirchendienstes kommt in den Orten ohne gemeinsames Opferei- und Schulvermögen allgemein mit dem 30. September 1920 in Fortfall.

§ 11. Amtszulagen. Die Schulleiter oder Schulleiterinnen und Unterleiter der Gemeindeschulen mit mehr als 12 Klassen erhalten eine ruhegehaltsfähige Amtszulage von 1500 Mk. jährlich, an Schulen mit 7—12 Klassen eine solche von 1200 Mk., an kleineren Schulen von 900 Mk. jährlich.

Den Mittelschullehrkräften an Gemeindeschulen, sofern sie als solche angestellt und vollberechtigt sind, und den vollbeschäftigten Lehrkräften an Volksschulen für körperlich oder geistig nicht normal veranlagte Kinder ist eine ruhegehaltsfähige Amtszulage von 900 Mk. jährlich zu gewähren.

Aber die Gewährung von Amtszulagen entscheidet in Zweifelsfällen das Staatsministerium.

§ 12. Besoldungsdienstalter. Das Besoldungsdienstalter der Schulleiter und Lehrkräfte beginnt mit dem Tage der festen Anstellung. Die Zeitabschnitte für das Verbleiben im Anfangsgrundgehalte und für das Aufsteigen in

die höheren Gehaltsstufen rechnen von dem vorhergehenden Monatsersten an, falls die feste Anstellung nicht zum ersten des Monats erfolgt ist.

Von der Hilfslehrerdienstzeit ist bei der festen Anstellung der Teil der vollen Beschäftigung auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen, der fünf Jahre übersteigt. Diese Anrechnung findet nur statt, soweit die feste Anstellung durch den Mangel an offenen Stellen oder durch sonstige von dem Zufall des Beamten unabhängige Gründe verzögert worden ist. Ist die Anstellung wegen unzureichender Befähigung oder aus anderen in der Person der Lehrkraft liegenden Gründen ausgesetzt worden, oder wird von ihr selbst eine Verzögerung insbesondere durch Ablehnung der geforderten Übernahme einer Dienststelle herbeigeführt, so bleibt die Zeit dieser Verzögerung von der Anrechnung ausgeschlossen.

Die Schulleiter und Lehrkräfte sind von der Festsetzung des Dienstalters schriftlich zu benachrichtigen.

Die Entscheidung des Landesschulamts über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters ist für die Beurteilung der vor den Gerichten geltend gemachten vermögensrechtlichen Dienst-einkommensansprüche maßgebend.

§ 13. Aufrücken im Grundgehalt. Auf das Aufrücken im Grundgehalt haben die Schulleiter und Lehrkräfte einen Rechtsanspruch. Solange ein förmliches Disziplinarverfahren oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens ein Hauptverfahren oder eine Voruntersuchung schwebt, findet ein Aufrücken im Grundgehalt nicht statt. Führt das Verfahren zum Verluste des Amtes, so unterbleibt eine Nachzahlung des zurückbehaltenen Mehrgehalts.

§ 14. Aufrücken in der Grundvergütung. Das Aufrücken in der Grundvergütung nach § 5 kann versagt werden, wenn gegen das dienstliche Verhalten der Hilfslehrkraft eine erhebliche Ausstellung vorliegt.

Vor der Verfügung ist dem Hilfslehrer oder der Hilfslehrerin Gelegenheit zu geben, sich über die Gründe der beabsichtigten Maßregel zu äußern. Wird die Versagung verfügt, so sind dem Betroffenen die Gründe hierfür schriftlich zu eröffnen.

Dem Lehrer oder der Lehrerin steht gegen die Verfügung, sofern sie nicht vom Staatsministerium erlassen ist, die Beschwerde bei diesem zu.

Nach Behebung der Anstände ist der vorläufig versagte Grundvergütungsatz zu gewähren, und zwar vom ersten Tage des Kalendermonats ab, in dem die Bewilligungsverfügung ergeht. Nur aus besonderen Gründen ist die Gewährung von einem früheren Zeitpunkt ab zulässig. Eine Nachgewährung für rückliegende Rechnungsjahre bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums.

Die einstweilige Versagung des Aufrückdens hat für sich allein nicht die Wirkung, daß dadurch der Zeitpunkt für das Aufsteigen in die nächstfolgende Vergütungsstufe hinausgeschoben wird.

II. Kinderbeihilfe.

§ 15. Neben dem Dienst Einkommen erhalten die Schulleiter und Lehrkräfte eine Kinderbeihilfe in der Weise, daß für jedes Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahre monatlich 40 Mk., bis zum vollendeten 14. Lebensjahre monatlich 50 Mk. und bis zum vollendeten 21. Lebensjahre monatlich 60 Mk. gezahlt werden.

Die Kinderbeihilfe wird jedoch für die Kinder vom 14. bis zum 21. Lebensjahre nur gezahlt, wenn sie kein reichssteuerpflichtiges Einkommen haben. Übersteigt das eigene Einkommen des Kindes den reichssteuerfreien Einkommensanteil um weniger als den Betrag der Kinderbeihilfe einschließlich des Ausgleichszuschlages (§ 18), so wird die Kinderbeihilfe gewährt, jedoch gekürzt um den Betrag, um den das eigene Einkommen des Kindes den reichssteuerfreien Einkommensanteil übersteigt.

Unterhaltungsberechtigt im Sinne des Abs. 1 sind

- a) eheliche Kinder,
- b) für ehelich erklärte Kinder,
- c) an Kindes Statt angenommene Kinder,
- d) uneheliche Kinder, wenn der Unterhalt von dem Lehrer als Erzeuger gewährt wird, vorausgesetzt, daß seine Vaterschaft festgestellt ist, oder wenn der Unterhalt von der Lehrerin als Mutter gewährt wird. Die Kinderbeihilfe darf den Betrag der von dem Lehrer gezahlten

Unterhaltungsrente nicht übersteigen. Für ein und dasselbe Kind kann die Beihilfe nur einmal gewährt werden.

Verheirateten Lehrerinnen wird die Kinderbeihilfe für gemeinsame Kinder nur gewährt, wenn der Ehemann bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung des angemessenen Unterhalts der Familie diese zu unterhalten.

Die Kinderbeihilfe fällt fort mit dem Ablaufe des Vierteljahrs, in dem sich das für den Wegfall der Beihilfe maßgebende Ereignis zugetragen hat.

III. Ruhegehalt.

§ 16. Ruhegehaltsfähiges Dienst Einkommen.

Der Berechnung des Ruhegehalts der zu einem späteren Zeitpunkt als dem 31. März 1919 in den Ruhestand versetzten Schulleiter und Lehrkräfte wird das im § 1 bezeichnete und auf Grund der §§ 1, 3—8, 10 und 11 zuletzt bezogene Dienst Einkommen zu Grunde gelegt. Dabei wird in jedem Falle der Ortszuschlag mit dem im § 6 Abs. 1 und 2 vermerkten vollen Durchschnittssatz angerechnet, auch dann, wenn dem Ruhegehaltsberechtigten eine Dienstwohnung gewährt war.

Ruhegehaltsfähig sind sonstige Bezüge nur, wenn sie in der Besoldungsordnung oder im Haushalt ausdrücklich als ruhegehaltsfähig bezeichnet sind oder aus einer planmäßigen Stelle herrühren, die als Nebenamt bleibend verliehen war. Dienstaufwandsentschädigungen, Kinderbeihilfen und der Ausgleichszuschlag (§ 18) sind nicht ruhegehaltsfähig.

Dienstbezüge, die ihrer Natur nach steigend und fallend sind, werden nach dem festgesetzten, und in Ermangelung einer besonderen Festsetzung nach dem Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre vor der Versetzung in den Ruhestand angerechnet.

§ 17. Kinderbeihilfen an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene. Die im § 15 vorgesehene Kinderbeihilfe wird unter den dort genannten Voraussetzungen neben dem Ruhegehalte und den Hinterbliebenenbezügen auch den mit oder nach dem 1. April 1919 in den Ruhestand versetzten Schulleitern und Lehrkräften

sowie den Witwen und Waisen der am 1. April 1919 oder später verstorbenen aktiven Schulleiter und Lehrkräfte und der mit oder nach jenem Zeitpunkt in den Ruhestand versetzten Schulleiter und Lehrkräfte für jedes Kind, soweit es waisenspensionsberechtigt ist oder war, gewährt.

Verheirateten Ruhegehaltsempfängerinnen wird die Kinderbeihilfe für gemeinsame Kinder nur gewährt, wenn der Ehemann bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung des angemessenen Unterhaltes der Familie diese zu unterhalten.

Die Kinderbeihilfe fällt weg mit dem Wegfall der in Abs. 1 bezeichneten Versorgungsbezüge, im übrigen nach Maßgabe des § 15 Absatz 4.

IV. Der Ausgleichszuschlag.

§ 18. Ausgleichszuschlag. Zur Anpassung an die Veränderungen in der allgemeinen Wirtschaftslage wird zu den Bezügen an Grundgehalt (Grundvergütung) und Ortszuschlag, zu den Amtszulagen (§ 11), zu den auf Grund dieser Bezüge — einschließlich der sich aus § 10 ergebenden — festgesetzten Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezügen sowie zu den Kinderbeihilfen (§§ 15 und 17) ein veränderlicher Ausgleichszuschlag gewährt. Die Art und Höhe des Satzes wird für die unmittelbaren Staatsbeamten durch das Staatsministerium mit Zustimmung der Landesversammlung festgestellt und gilt auch für Schulleiter und Lehrkräfte, soweit diese auf Grund dieses Gesetzes Besoldung und Vergütung empfangen.

Der Ausgleichszuschlag tritt auch zu den nach § 9 auf den Ortszuschlag anzurechnenden Beträgen.

Zu den auf Grund dieses Gesetzes errechneten Ruhegehalts- und Witwenbezügen wird ein Zuschlag in Höhe der Hälfte des Betrages gewährt, den der Schulleiter oder Lehrer zu dem zuletzt bezogenen Diensteinkommen als Ausgleichszuschlag erhalten würde oder erhalten hat.

Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse kann auf Antrag über die Hälfte bis zur vollen Höhe des Betrages hinausgegangen werden.

Andern sich später Art und Höhe des Ausgleichszuschlagsatzes für die aktiven Schulleiter und Lehrkräfte, so

ist auch der vorstehend genannte Zuschlag für die Ruhegehaltsempfänger und Witwen entsprechend neu zu berechnen.

Ruhegehaltsempfänger und Witwen, die im Reichs-, Staats- oder Gemeindedienst oder im Dienst eines der Länder Steuerungs- oder Ausgleichszuschläge der aktiven Beamten, Lohnangestellten oder Lohnempfänger beziehen, werden nur insoweit berücksichtigt, als diese Bezüge hinter dem ihnen nach Absatz 3 zu gewährenden Zuschlage zurückbleiben.

V. Staatszuschuß zu den Gemeindeschullasten.

§ 19. Bis zur anderweiten gesetzlichen Regelung zahlt der Staat vom 1. April 1920 an

A. einen ordentlichen Zuschuß in Höhe von 60 % der auf Grund dieses Gesetzes zu zahlenden Besoldungen und Vergütungen für die Schulleiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen,

B. einen außerordentlichen Zuschuß zu den gleichen Schullasten der Gemeindeschulen bis zur Höhe von 5 400 000 Mk., und zwar

- a) für die Bürgerschulen der Städte und der Orte Calvörde und Vorsfelde bis zur Höhe von 3 000 000 Mk.,
- b) für die Landgemeindeschulen bis zur Höhe von 2 400 000 Mk.,

C. die auf Grund dieses Gesetzes und des Altruhegehaltsgesetzes für Lehrer zu zahlenden Ruhegehälter für Schulleiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen.

Die bislang vom Staate gewährten

- a) allgemeinen Zuschüsse zu den Gemeindeschulen,
- b) Zuschüsse zu den Gemeindeschulen wegen Ermäßigung des Schulgeldes (Gesetz von 1890 Nr. 12, Landtagsabschied von 1890),
- c) Zuschüsse zu den Bezügen der Gemeindeschullehrer (Landtagsabschied von 1911),
- d) Zuschüsse in Höhe von 65 % der Steuerungszulagen und Übertsteuerungszulagen und -Beihilfen,
- e) Zuschüsse zu den Ruhegehalten der Lehrkräfte an Gemeindeschulen,

- f) Feuerungszulagen und Überfeuerungszulagen und -Beihilfen für Ruhegehaltsempfänger des Gemeindeschuldienstes

kommen mit dem 1. April 1920 in Fortfall.

Soweit diese Zuschüsse und Zulagen bereits für das Rechnungsjahr 1920/21 gezahlt wurden, sind sie auf die nunmehrigen Staatsleistungen anzurechnen.

Über die Verteilung des unter B (Abs. 1) genannten außerordentlichen Zuschusses beschließt der Hauptausschuß der Landesversammlung.

Das Staatsministerium hat bei der Ausarbeitung seiner Vorschläge den Stand des gesamten Schulwesens und die Höhe der gesamten Schullasten einer Gemeinde, sowie ihre Steuerkraft und Schuldverhältnisse besonders zu berücksichtigen und zuvor zu B a die Städtevertreter und zu B b die Kreisausschüsse zu hören.

Die Auszahlung sämtlicher Gehalte, Vergütungen und Ruhegehälter an die Leiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen erfolgt durch die Kasse des Landesschulamtes nach den vom Staatsministerium zu erlassenden Bestimmungen.

Die Gemeinden haben den Anteil ihrer Schullasten zu den Besoldungen und Vergütungen bei der Kasse des Landesschulamtes erstmalig 4 Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes, des weiteren vierteljährlich im voraus einzuzahlen. Im Verzugsfalle sind die Anteile von den Gemeinden mit 5 v. H. zu verzinsen.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, der Kasse des Landesschulamtes Vorschüsse bis zum Gesamtbetrage der Gehälter und Vergütungen anzuweisen.

Gegenüber den Gemeinden, die ihren Zahlungsverpflichtungen zu den Besoldungen und Vergütungen der Lehrkräfte nicht nachkommen, steht dem Staate das Recht zu, die den Gemeinden zustehenden Anteile am Ertrage der Reichseinkommensteuer entsprechend zu kürzen.

VI. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 20. Die am 1. April 1920 im Dienste befindlichen angestellten Schulleiter und Lehrkräfte werden in die Gehaltsstufe ihrer Besoldungsgruppe eingereiht, die dem bisherigen

Besoldungsdienstalter in der Stelle entspricht, die sie am 1. April 1920 bekleiden.

Die am 1. April 1920 im Dienste befindlichen Hilfslehrkräfte werden in die Vergütungsstufe eingereiht, die ihrem bisherigen Dienstalter in der Stelle entspricht, die sie am 1. April 1920 bekleiden.

Über vorstehende Bestimmungen hinaus kann das Staatsministerium in besonders gearteten Ausnahmefällen zur Vermeidung offenkundiger Härten eine Vorrückung des Besoldungsdienstalters zulassen.

§ 21. Die bestehenden Besoldungssatzungen, Ordnungen und Festsetzungen sind, soweit erforderlich, nach den Vorschriften dieses Gesetzes neu zu gestalten. Der Direktor der städtischen Bürgerschulen in Braunschweig ist entsprechend seinen amtlichen Befugnissen in seinen Dienstbezügen den staatlichen Schulaufsichtsbeamten in gehobener Stellung mindestens gleichzustellen.

§ 21. Durch Beschluß des Gesamtministeriums können die Amtsbezeichnungen der Schulleiter und Lehrkräfte im Gemeindeschulwesen geändert werden.

§ 23. Dieses Gesetz ist bis spätestens 31. Dezember 1920 einer Nachprüfung zu unterziehen und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920.

Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und zum Erlass der erforderlichen Bestimmungen ermächtigt.

§ 25. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft. Mit demselben Zeitpunkte treten die ihm entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere Gemeindeschulgesetz vom 5 April 1913 § 30 unter 1 Ziff. 1 u. 2, § 38 Ziff. 2, § 46 I—III, §§ 47 u. 49, § 51 Ziff. 2 Satz 2 u. 3, §§ 53 u. 54, § 58 Ziff. 1 u. 2 Abs. 1, § 85 Ziff. 1—4 und Ziff. 5 Abs. d, außer Geltung.

Braunschweig, 21. August 1920.

Der Präsident der Landesversammlung.

A. Wesemeier.

Staatsministerium.

Annick. Junke. Sepp Oetzer. Sievers. Steinbrecher.

Änderungen des Braunschweigischen Gesetzes über die Gemeindeschulen vom 5. April 1913 durch das Gesetz vom 12. September 1919.

§ 3.*) I. Der § 20 des Gemeindeschulgesetzes vom 5. April 1913 wird dahin geändert, daß

1. die Bestimmung unter I, 1 aufgehoben wird,
2. § 20, I, 4 gefaßt wird wie folgt:
drei auf je 3 Jahre zu wählenden Gemeindegengenossen, die zu den Gemeindeämtern wählbar sein müssen, dagegen nicht Lehrer an den Gemeindeschulen sein dürfen. Wählbar sind nur solche Personen, die beim Antritt ihres Amtes ein schulpflichtiges Kind haben. Diese Mitglieder werden vom Gemeinderate gewählt.
3. die Vorschrift unter II, 1 wegfällt,
4. unter II, 4 die Worte: „einem . . . gewählten Gemeindegengenossen, bei dem“ durch die Worte: „zwei . . . gewählte Gemeindegengenossen, bei denen“ ersetzt werden,
5. unter II Abs. 2 die Worte: „zu 1—3“ durch die Worte: „2 und 3“ ersetzt werden.

II.

1. In § 21 des genannten Gesetzes werden die Bestimmungen unter I Ziffer 2 und der letzte Satz der Vorschrift unter I Ziffer 3 aufgehoben.

2. § 21, I, 4 erhält folgende Fassung:

„einem auf je drei Jahre zu erwählenden Unterleiter oder Lehrer (Lehrerin) der dem Vorstande unterstellten Schulen, für den zugleich ein Stellvertreter zu wählen ist. Die Wahl erfolgt durch geheime Wahl der gesamten Lehrkräfte der dem Schulvorstande unterstellten Schulen.“

III. In § 23 des genannten Gesetzes erhält die Vorschrift unter I folgende Fassung:

„Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden von dem Schulvorstande aus seiner Mitte gewählt; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.“

§ 4. In § 14 des genannten Gesetzes werden die Absätze 2 und 3 aufgehoben.

*) §§ 1 und 2 sind inzwischen aufgehoben.

§ 5. § 19, Ziffer 2 des genannten Gesetzes ist zu streichen.

§ 6. Der § 44 des genannten Gesetzes ist zu ändern wie folgt:

I. In Ziffer I ist in der zweiten Reihe zu streichen: „und im Kirchendienste“.

II. Ziffer 3 ist zu streichen.

§ 7. § 58, Ziffer 3 Abs. 2 des genannten Gesetzes ist zu fassen, wie folgt:

„Werden nichtangestellte Lehrer mit der Verwaltung eines Kirchenamtes beauftragt, so ist ihnen die gleiche Vergütung wie festangestellten Lehrern (§ 50, 4) zu gewähren.“
